

Antrag

der Abgeordneten Ulla Lötzer, Sabine Leidig, Eva Bulling-Schröter, Michael Schlecht und der Fraktion DIE LINKE.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt eine Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt“ ein.

I. Ausgangslage und allgemeine Aufgabenstellung

Zukunftsfähige Politik braucht ein neues Verständnis von gesellschaftlichem Wohlstand, individuellem Wohlergehen und nachhaltiger Entwicklung jenseits der Fixierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Angesichts der großen Herausforderungen Klimawandel, Ausbeutung der Natur, demographischer Wandel und zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft ist eine neue Debatte über die Grenzen quantitativen Wachstums notwendig, gepaart mit der Entwicklung eines positiven Leitbildes für ein besseres Leben und einem ökologisch und sozial nachhaltigen Wohlstand. Finanzkrise, Klimakrise und die wachsende soziale Ungleichheit auf globaler wie auf nationaler Ebene haben in der Bevölkerung grundlegende Zweifel an den Maßstäben und Grundlagen unseres Wirtschaftens aufkommen lassen. Auch die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Wachstums- und Wohlstandsmessung wurde uns durch diese Krisen erneut vor Augen geführt.

Die ökologische und soziale Doppelkrise unserer Zeit ist die Krise der kurzfristigen, renditegetriebenen Wachstumsorientierung. Die aktuelle Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise stellt ein Wachstum in Frage, das durch Spekulationen befeuert wird, um dann wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen. Die wachsende soziale Ungleichheit in den Industrienationen und die anhaltende Hungerkrise in den Entwicklungsländern stellen ein Wachstum in Frage, das wenige bereichert und immer mehr Menschen abhängt.

Schon im Jahr 1972 hat der Club of Rome die Grenzen des Wachstums und die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch thematisiert. Angesichts zunehmender Ressourcenverknappung und der klimapolitischen Notwendigkeit, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu reduzieren, ist diese Debatte aktueller denn je. In den letzten Jahrzehnten wurden bei der Steigerung der Energie- und Materialeffizienz in der deutschen Wirtschaft Fortschritte erzielt. Immer mehr Unternehmen haben die Chancen dieser Zukunftsmärkte genutzt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Effizienzgewinne werden aber oft durch vermehrten Ressourcenverbrauch an anderer Stelle aufgezehrt, wozu auch kulturelle Faktoren und individuelle Lebensstil-

entscheidungen beitragen. Deshalb muss die Frage auf die politische Tagesordnung, wie eine Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch so weitgehend möglich ist, dass die erreichten Effekte nicht durch fortschreitendes Wachstum wieder zunichte gemacht werden.

Die Lebensqualität der Menschen ist über Jahrzehnte hinweg mit dem ökonomischen Produktionsniveau von Gesellschaften gleichgesetzt worden. Lange Zeit galt das BIP, also der Gesamtwert aller innerhalb einer Volkswirtschaft hergestellten Waren und Dienstleistungen, als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen, die in dieser Volkswirtschaft leben. Die wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch nur einer von mehreren Indikatoren für das Wohlergehen einer Gesellschaft, zumal die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ab einem bestimmten Niveau nur noch geringfügigen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit der Menschen hat.

Zu Unrecht gelten daher das BIP und sein Wachstum als wichtigster Indikator einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Weder die sich verschärfende Klimakrise noch die Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise werden vom BIP erfasst, genauso wenig wie die wachsende soziale Spaltung in unserem Land oder der Hunger in der Welt. Umweltkatastrophen wie die Ölpest im Golf von Mexiko führen absurderweise gar zu einer Steigerung des BIP, weil sie kostspielige Gegenmaßnahmen erforderlich machen. Deshalb gilt es, einen neuen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator zu entwickeln, der auch den Aspekten der individuellen Lebensqualität, sozialen Gerechtigkeit, Umwelt, Bildung und gesellschaftlichen Teilhabe Rechnung trägt.

Noch ist unser Wirtschafts- und Sozialsystem in starkem Maße auf kontinuierliches Wachstum angewiesen. Die Erfahrung zeigt, dass die Institutionen des Sozialstaates in Stagnations- oder Rezessionsphasen besonders schnell und besonders stark unter Druck geraten. Ausbleibendes Wachstum und schrumpfende Verteilungsspielräume strapazieren unter derzeitigen Umständen die Solidaritätsreserven unserer Gesellschaft sehr stark. Vor dem Hintergrund tendenziell sinkender Wachstumsraten in den Industrieländern muss aber eine stabile gesellschaftliche Entwicklung auch ohne oder mit nur geringem quantitativem Wachstum möglich sein. Damit würden auch degressive Effekte der Demographie ebenso abgebildet wie Systemgrenzen etwa bei der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen. Deshalb stellt sich derzeit die Frage, wie unsere europäischen Sozialstaatsmodelle auch ohne eine klassisch wachstumsorientierte Wirtschaft gestärkt werden können.

Ziel der Enquete-Kommission ist die Entwicklung eines Leitbildes für ein neues Wirtschaften, das die systemischen Fehlentwicklungen alter Maßstäbe überwindet und den verengten Wachstumsbegriff der letzten Jahrzehnte durch ein neues und breiteres Verständnis von individuellem Wohlergehen, gesellschaftlichem Fortschritt und nachhaltiger Entwicklung ablöst. Die gewonnenen Erkenntnisse soll die Enquete-Kommission in konkrete Handlungsempfehlungen übersetzen und dazu politische Instrumente entwickeln, um eine Umsetzung der Ergebnisse in staatliche Maßnahmen, wirtschaftliches Handeln und gesellschaftliche Prozesse zu ermöglichen.

II. Auftrag

Der Deutsche Bundestag beauftragt die Enquete-Kommission, insbesondere folgende Schwerpunkte zu untersuchen:

1. Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikators

Ein Aspekt des Ziels, den gesellschaftlichen Wohlstand nachhaltig zu mehren, ist die Frage, wie man diesen Wohlstand misst und wie man die Messungen interpretiert. Um eine Grundlage zur Bewertung politischer Entscheidungen an-

hand ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien zu schaffen, müssen die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt gemessen und zu einem gemeinsamen Indikator zusammengeführt werden, der die Qualität gesellschaftlichen Fortschritts und Wohlstands jenseits von ausschließlich materiellen Entwicklungen abzubilden in der Lage ist.

Das BIP misst den ökonomischen Wert aller erzeugten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft, nicht aber den ökonomischen Gewinn, die ökologische Nachhaltigkeit oder die soziale Lebensqualität einer Gesellschaft. Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, eine Bestandsaufnahme bisheriger Maßstäbe von Wachstum und Fortschritt bzw. Wohlstand sowie ihrer Defizite vorzunehmen. Darauf aufbauend soll sie die zentralen Dimensionen von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt definieren und ihre Einflussfaktoren bestimmen. Hierzu zählen insbesondere Aspekte der gesellschaftlichen Verteilung von Wohlstand und der sozialen Inklusion, einer intakten Umwelt, des materiellen Lebensstandards, von Bildungschancen und des Bildungsniveaus, von Gesundheit und Lebenserwartung, der Qualität sozialer Beziehungen, der sozialen und politischen Teilhabe, der Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge, einer verlässlichen sozialen Sicherung sowie der begrenzten Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, des Zugangs zu Arbeit und der Verfügbarkeit von freier Zeit sowie der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit einer Gesellschaft.

Aufgabe der Enquete-Kommission ist es, diese zentrale gesellschaftliche Zukunftsdebatte aufzunehmen und über Auswahl, Messung und Gewichtung einzelner Faktoren in geeigneter Form einen solchen Indikator zu bilden. Dabei stellen sich unter anderem Fragen der subjektiv von den Menschen erfahrenen Lebensqualität, der Zufriedenheit und der sozialen Kohäsion, der Quantifizierung sozialer, ökologischer und ökonomischer Güter und deren Qualität, der Gewichtung unterschiedlicher Dimensionen sowie der intertemporären und internationalen Vergleichbarkeit von Indikatoren. Die Enquete-Kommission soll bestehende Informationslücken identifizieren und den Aufbau statistischer Kompetenzen in diesen Bereichen vorbereiten. Sie sollte dabei auch auf die Erfahrung mit bereits existierenden alternativen Wohlfahrtsindikatoren zurückgreifen.

2. Entkopplung und wirtschaftspolitische Steuerung

Materielle Ressourcen und die Belastbarkeit von Natur und Umwelt haben Grenzen, die von der Natur bereitgestellten Güter und Dienstleistungen sind endlich. Die Erde muss stabilisiert und gleichzeitig muss für einen ökologisch und sozial verträglichen Wohlstand gesorgt werden. Dafür ist eine Entkopplung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums vom Ressourcenverbrauch und von der Erzeugung von Emissionen entscheidend.

Die Enquete-Kommission soll zunächst untersuchen, wie und in welchem Umfang das volkswirtschaftliche Wachstum des BIP als Wachstum der Summe der in Geld gemessenen Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft vom Wachstum des Verbrauchs an Ressourcen, Umwelt-, Biokapital sowie klimaschädlicher Emissionen zu entkoppeln ist. Dazu sind u. a. eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 80 bis 95 Prozent bis 2050 und eine Reduzierung der Ressourcenströme durch unsere Volkswirtschaften in erheblichem Umfang nötig. Die Enquete-Kommission sollte in diesem Zusammenhang die wichtigsten empirischen Daten zu Ressourcen und die relevanten Szenarien und Entwicklungspfade im globalen Maßstab zusammenstellen und für parlamentarische Entscheidungen aufbereiten.

Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch wird durch sogenannte Rebound-Effekte konterkariert. Effizienzgewinne in bestimmten

Bereichen werden dabei durch eine Erhöhung des Gesamtverbrauches oder durch die Verlagerung auf andere Produktions- und Konsumtionsbereiche aufgezehrt. Die Enquete-Kommission sollte eine Analyse und Bestandsaufnahme solcher Rebound-Effekte und Strategien zur Vermeidung von Rebound-Effekten vorlegen.

Die Enquete-Kommission soll herausarbeiten, welche ökologischen „Leitplanken“ angesichts der globalen ökologischen Entwicklungen insbesondere in der Klimapolitik, der Umweltpolitik und beim Schutz der Biodiversität für eine erfolgreiche Entkopplung gesetzt werden müssen.

Unter den heutigen Bedingungen einer global vernetzten, international arbeitsteiligen Wirtschaft kann ein Umsteuern nur sehr begrenzt im nationalen Alleingang gelingen. So verursachen z. B. der Import und der Konsum von Produkten und Vorprodukten hierzulande Emissionen in den Herstellerländern. Die Enquete-Kommission soll deshalb untersuchen, inwieweit bisher erzielte Minderungen des Ressourcenverbrauches oder klimaschädlicher Emissionen durch Verlagerungen ressourcenintensiver Teile der Wertschöpfungsketten oder durch Veränderungen in der Komposition des BIP durch den internationalen Handel zurückzuführen sind.

3. Wachstumszwang und ökonomische Grenzen

Wachstumskritiker wie -befürworter sind sich in einem Punkt einig: Es gibt derzeit im weltweit dominierenden Wirtschafts- und Sozialmodell einen strukturell begründeten Zwang zu ständigem Wachstum. Bleibt volkswirtschaftliches Wachstum aus, entsteht schnell eine Reihe von gravierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Finanzierung der Sozialsysteme und Staatsverschuldung. Gerade in den entwickelten Gesellschaften sind Systeme der Alterssicherung, der Kranken- und Arbeitslosenversicherung – ob umlagefinanziert oder kapitalgedeckt – spezifischen Wachstumszwängen ausgesetzt. Wachstumszwang bestimmt das politische Handeln und verleitet Regierungen immer wieder dazu, kurzatmig auch ökologisch und sozial schädliches Wachstum zu befördern. Gleichzeitig scheinen entwickelte kapitalistische Gesellschaften an Wachstumsgrenzen zu stoßen, sie erreichen zumindest derzeit kaum mehr so hohe Wachstumsraten wie viele Schwellenländer. Die Entwicklung der Wachstumsraten insbesondere in den weiterentwickelten, hochproduktiven Volkswirtschaften und die krisenhaften Zuspitzungen der letzten Jahre lassen aber erwarten, dass Wachstumsraten immer wieder und über längere Zeiträume niedrig oder gar negativ ausfallen könnten.

Insbesondere technischer Fortschritt und Produktivitätssteigerungen können zu geringerer Nachfrage nach Arbeitskräften in bestimmten Sektoren führen und befördern damit einen allgemeinen Zwang zu gesamtwirtschaftlichem Wachstum, wenn ein gleichbleibend hohes Beschäftigungsniveau gewährleistet werden soll. Die Enquete-Kommission sollte auch das weite Feld der Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik aus dieser Perspektive neu beleuchten.

Ein weiterer Wachstumszwang scheint in Marktwirtschaften durch die Organisation des Geldwesens zu bestehen. Die Enquete-Kommission soll den Zusammenhang zwischen der Geld- bzw. Kreditschöpfung der Geschäftsbanken und der Entwicklung des realen Wirtschaftswachstums analysieren. Sie soll untersuchen, wie die Geldmengensteuerung und die Finanzmärkte wieder in den Dienst einer nachhaltigen Realwirtschaft gestellt werden können.

Für nationale Volkswirtschaften könnte eine Strategie selektiven Wachstums kontraproduktiv sein, wenn andere Nationen gegenläufig agieren und in der Folge Leistungsbilanzen umkehren, Weltmarktanteile übernehmen und damit Wohlstandsgrundlagen in der umsteuernden Gesellschaft untergraben. Die Be-

kämpfung von globaler Armut und Hunger, der Zugang zu Wasser, Energie, Informationen und Bildung sind ohne wirtschaftliches Wachstum in bestimmten Regionen nicht zu erreichen. Neue Wirtschaftsstrategien müssten also in jedem Fall international angelegt werden.

4. Neues Wirtschaften: Lebensstile, Arbeitsweisen, Konsumverhalten

Ein neues Leitbild des Wirtschaftens, das ökonomische Stärke, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Teilhabe vereint, wird weder allein durch wissenschaftliche Erkenntnis noch durch politische Verordnung im Handeln von Individuen und Gesellschaften verankert. Neues Wirtschaften braucht grundlegende gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Die Enquete-Kommission soll diese kulturellen Dimensionen erforschen und Handlungsempfehlungen erarbeiten, um die notwendigen gesellschaftlichen Debatten und Veränderungen, auch durch politische Rahmensetzungen, zu befördern.

Sowohl eine Entkopplung des BIP-Wachstums vom Ressourcenverbrauch als auch eine Reduktion des Wachstumszwangs und die Abkehr von der reinen BIP-Orientierung im Wirtschaftsprozess zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftens können ohne grundlegende Änderungen im Lebensstil der Einzelnen nicht gelingen. Ausschließlich moralische Appelle an eine Verhaltensänderung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger werden die gewünschten Resultate nicht erzielen und sind oft genug eher von milieubedingten Präferenzen als von harten ökologischen Fakten geleitet. Dennoch kann der nötige Umbau nicht gegen die Präferenzen der Mehrheit gelingen. Die Enquete-Kommission sollte sich daher auch mit der kulturellen Dimension der Wachstumsfrage beschäftigen. Die Schwelle für nachhaltige Lebensstile muss gesenkt werden. Anders leben darf nicht nur unter Mühen für einige wenige erreichbar sein.

Des Weiteren soll die Enquete-Kommission die Auswirkungen nachhaltigen Wirtschaftens auf die Arbeitswelt analysieren und einen zukunftsfähigen Arbeitsbegriff entwickeln. Welche Auswirkungen hat ein neues Wirtschaftsleitbild auf die Gestaltung von Erwerbsbiographien, Arbeitsumfelder und die Arbeitsorganisation? Wie verändern sich die Rollen von Arbeitszeit und Freizeit? Wie kann eine größere Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben erreicht werden? Ein neuer Arbeitsbegriff muss in Einklang gebracht werden mit gewandelten Erwerbsbiographien, in denen Phasen von angestellter Arbeit, selbständiger Tätigkeit, Familienzeit und Weiterbildung einander abwechseln. Die weitgehend am Normalarbeitsverhältnis orientierten sozialen Sicherungssysteme sind stärker an den Bedürfnissen der vielfältiger gewordenen Erwerbsbiographien auszurichten. Auch sind die Auswirkungen des demographischen und des sozialen Wandels auf die Arbeitswelt zu berücksichtigen.

Wie müssen die Ansprüche nachhaltigen Wirtschaftens in den Regeln und Methoden der Unternehmensführung, von Bilanzierungsregeln bis zu Aufsichtsstrukturen, widerspiegelt werden? Auch soll die Enquete-Kommission Vorschläge zur Abbildung des sozialen Mehrwerts von Arbeit in der Lohnstruktur und für eine gerechtere Verteilung von Arbeit entwickeln. Demokratische Mitbestimmungsregeln, faire Löhne, altersgerechte Arbeitsformen, Weiterbildungsangebote und Freiräume für ehrenamtliches Engagement sind zentrale Elemente einer nachhaltigen Unternehmenskultur.

5. Entwicklung konkreter politischer Handlungsempfehlungen für ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften

Die Enquete-Kommission soll aus den gewonnenen Erkenntnissen und Leitideen der oben genannten Debatten konkrete Handlungsempfehlungen für die nationale, europäische und internationale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entwickeln. Sie soll Anregungen für eine Neubestimmung der bisherigen Rol-

lenverteilung und für geeignete Steuerungs- und Koordinationsmechanismen zwischen freien Marktkräften, gesellschaftlicher Einflussnahme und politischer Regulierung liefern und Schritte hin zu einem neuen Wirtschaften definieren, das ökonomische, ökologische und soziale Zielvorstellungen in Einklang bringt. Ein zu entwickelnder regulatorischer Rahmen soll Anreize und Impulse für eine nachhaltige Wirtschaftsweise bieten, die langfristige Investitionsentscheidungen zugunsten eines im Hinblick auf soziale und natürliche Ressourcen effizienten, systemische Grenzen antizipierenden Wirtschaftens fördern und den nachhaltigen Umbau einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur sichern. Die Enquete-Kommission soll Auswirkungen einer solchen ganzheitlichen Wirtschaftsweise für andere Politikfelder diskutieren und operative Politikinstrumente für ein neues Wirtschaften entwickeln, das die Bereiche Umwelt und Wirtschaftspolitik, Arbeits- und Sozialpolitik sowie Steuer- und Finanzpolitik umfasst. Gleichzeitig soll die Enquete-Kommission darüber nachdenken, wie grundlegende Änderungen im Bewusstsein Einzelner und im individuellen Lebensstil angestoßen werden können, die das gesellschaftliche Konsumverhalten insgesamt nachhaltiger machen. Die Schwelle für nachhaltige Lebensstile muss gesenkt werden. Anders leben darf nicht nur unter Mühen für einige wenige erreichbar sein.

Besondere Aufmerksamkeit sollte die Enquete-Kommission folgenden Fragestellungen widmen:

- Welche Vorgaben begünstigen die Entstehung einer diversifizierten und nachhaltigen Wirtschaftsstruktur, die materielle, soziale und ökologische Werte schafft?
- Wie kann eine dauerhafte Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch erreicht werden? Die Enquete-Kommission soll Instrumente für ein neues, ressourcenminimiertes Wirtschaften erarbeiten. Dazu benötigt die Politik noch weitere Erkenntnisse über die notwendigen Instrumente (u. a. Steuern, Anreize, Grenzwerte), die eine Entkopplung und den notwendigen volkswirtschaftlichen Strukturwandel am effektivsten vorantreiben. Notwendig ist hierfür auch eine nachhaltige Forschungs- und Innovationsstrategie.
- Die Enquete-Kommission soll Vorschläge zum Abbau des derzeit bestehenden Wachstumszwangs entwickeln. Welche Schritte können unternommen und welche Entwicklungen können angestoßen werden, damit das deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell die ökologischen, sozialen, demographischen und fiskalischen Herausforderungen auch mit geringen Wachstumsraten bewältigen kann? In die Debatte sollten auch Reformvorschläge wie die Stärkung von Elementen solidarischer Ökonomie einbezogen werden.
- Wie können soziale Ausgleichsmechanismen und die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates auf das Erreichen nachhaltigen gesellschaftlichen Wohlstands, seiner gerechten Verteilung und individuellen Wohlergehens ausgerichtet werden?
- Ein ressourcenleichteres Wirtschaften muss keine Einbuße an Lebensqualität bedeuten. Die notwendige Verhaltensänderung bei der großen Mehrheit wird man aber nur erzielen, wenn sie durch entsprechende Rahmenbedingungen begünstigt wird. Zu diesem Themenbereich soll die Enquete-Kommission konkrete und politiknahe Reformvorschläge vorlegen. Die Erfahrungen mit dem Vordringen postmaterieller Wertorientierungen in entwickelten Gesellschaften sollten ausgewertet werden.
- Wie können regulatorische Rahmenbedingungen und kulturelle Veränderungsprozesse gestaltet sein, die einen zukunftsfähigen Arbeitsbegriff in Wirtschaft und Gesellschaft verankern? Wie können die Prinzipien einer

nachhaltigen Unternehmenskultur, die am Leitbild eines neuen Wirtschaftens ausgerichtet sind, umgesetzt werden?

- Wie können wir sicherstellen, dass Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen im Inland nicht auf Kosten der Belange anderer Regionen erfolgt und damit erreichen, dass die internationale Arbeitsteilung den Erfordernissen nachhaltiger Kooperation genügt?

III. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören siebzehn Mitglieder des Deutschen Bundestages und siebzehn Sachverständige an. Die Fraktion der CDU/CSU benennt sechs Mitglieder, die Fraktion der SPD vier Mitglieder, die Fraktion der FDP drei Mitglieder und die Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN je zwei Mitglieder.

Für jedes Mitglied des Deutschen Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel.

IV. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich unverzüglich konstituieren. Sie soll dem Deutschen Bundestag vor Ablauf der Legislaturperiode über ihre Arbeitsergebnisse berichten. Ihr Bericht wird in angemessener Form einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Berlin, den 30. November 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

